

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Provokation an den Hängen des Tendürek

Als die AKP erkannte, dass ein Frieden in der Türkei auch das Ende ihres Ein-Parteien-Regimes bedeuten würde, wandte sie sich von Frieden ab und gab das Signal zum Krieg.

Am Wendepunkt zwischen beidem stand eine Provokation. Es ist der 11. April 2015. Die Provokation an den Hängen des Tendürek markiert einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Türkei. In jenen Tagen herrschte ein Waffenstillstand der PKK und die Bemühungen Abdullah Öcalans um einen Frieden dauerten an. Es gab Gespräche zwischen dem türkischen Staat und Öcalan. Sie waren 2013 aufgenommen worden und führten zur Übereinkunft von Dolmabahçe. Das letzte Treffen der Delegation nach Imrali, auch sie Teil der Friedensbemühungen, war am 5. April 2015. Sechs Tage später kam es zur Provokation am Tendürek, einem Berg im Landkreis Giyadin (Diyadin) der Provinz Agiri (Agri).

Für den 11. April 2015 war eine Friedensaktivität der Bauern aus dem Umland geplant, es sollten Bäume auf den Hängen des Tendürek gepflanzt werden. Anlässlich des Geburtstags von Abdullah Öcalan Bäume zu pflanzen, ist zur Tradition bei den Kurden geworden. Diese Aktivität war offiziell und den Behörden

bekannt. Doch am Abend zuvor sickerten, trotz des bestehenden Waffenstillstands der PKK, eine Handvoll Soldaten auf Befehl des Gouverneurs von Agiri, einem ehemaligen Sekretär des Innenministers Efkan Ala, auf die Hänge des Tendürek ein. Dem Einsickern dieser Gruppe folgte eine Militäroperation. Es kam zum Gefecht. Die HPG-Kämpfer Serhat Kızılay (Can Feda) und Yıldırım Mat (Delil Dozwan) sowie der ehemalige Kreis Co-Vorsitzende der HDP von Diyadin, Cezmi Budak, wurden ermordet. Cenap İlboğa, Vertreter von MEYADER, wurde schwer verletzt. Auch eine Reihe von Soldaten wurde verletzt.

Danach nahm die Provokation ihren Lauf. Die Volksverteidigungskräfte HPG wurden beschuldigt, das Feuer eröffnet, den Waffenstillstand verletzt und die Friedensbemühungen ad absurdum geführt zu haben. Bilder des Ereignisses, die von der Nachrichtenagentur DIHA veröffentlicht wurden, offenbarten, dass es sich bei dieser Darstellung um eine Manipulation handelte. Ganz im Gegenteil. Die Bevölkerung bemühte sich um das Leben der Soldaten und trug die verletzten Soldaten mit Woldecken von den Hängen des Berges. Sie bemühten sich gleichermaßen um das Leben der Guerilla-Kämpfer wie auch um das Leben

der verletzten türkischen Soldaten, die dort im Stich gelassen worden waren. Eine Erklärung der militärischen Führung (Genel Kurmay), wonach die dort verletzten Soldaten mittels Einsatz von Hubschaubern geborgen worden wären, wurden durch die von DIHA veröffentlichten Bilder ebenfalls der Lüge gestraft. Die Imrali-Delegation war sofort im Anschluss an die Ereignisse vor Ort und stellte fest, dass die Soldaten schon Tage zuvor Vorbereitungen für eine militärische Operation getroffen hatten und dass der Gouverneur von Agiri daran beteiligt gewesen war und somit der herrschende Waffenstillstand von diesen und nicht von der PKK gebrochen worden war. Doch obwohl die Provokation selbst dechiffriert war, änderte es nichts mehr an dem, was folgen sollte. Die Weichen waren gestellt. Mit oder ohne ihr.

Gleich im Anschluss an das Ereignis begannen der türkische Präsident Tayyip Erdoğan und sein Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu (AKP), sich auf die HDP einzuschließen und zu fordern, dass es der HDP bei der am 7. Juli 2015 anstehenden Wahl nicht gelingen solle, die Wahlhürde von 10 % zu knacken. Der Frieden wurde ad acta gelegt. Was kommen sollte, waren der Krieg und das Sultanat.

(BN, 11.4., ISKU)

Freiheit für Mustafa Çelik!

Mustafa Çelik ist Linker, Kurde, Aktivist. Seit Jahren setzt er sich für die Demokratisierung der Türkei und eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts ein. Jetzt wird er vor einem Gericht in Celle angeklagt, Mitglied der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) zu sein.

Im Herbst 2014 wurde öffentlich und laut über die Aufhebung des PKK-Verbots in der BRD nachgedacht: im Bundestag wurde diese Frage debattiert, die Medien berichteten breit und offen, ein Großteil der Gesellschaft nahm damals teil an den Entwicklungen in Kurdistan. Die Rettung zehntausender Êzîdînnen im Nordirak, die couragierte Verteidigung Kobanê gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS), der Aufbau einer Selbstverwaltung in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien), welche alle ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen auf demokratischer Grundlage teilhaben lässt, wurden der PKK hoch angerechnet. Das alles ist nun anderthalb Jahre her – zwei harte Winter und einen heißen Sommer.

Den Dialog über Friedensverhandlungen, den der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan bis vor einem Jahr mit der Regierung der Türkei geführt hatte, hat das AKP-Regime einseitig abgebrochen. Tayyip Erdoğan merkte, dass die türkische Gesellschaft zunehmend die Demokratische Partei der Völker (HDP) wählt und seine AKP sich nicht länger durch Parlamentswahlen, sondern nur noch durch Krieg an der Macht halten kann. Anstatt die Forderungen weiter Teile der Bevölkerung nach Demokratie anzuerkennen, unterdrückt das Regime sie. So führt es seit letztem Sommer einen brutalen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in Bakûr (Nordkurdistan/Südosten der Türkei).

Die Bundesregierung macht sich an den Verbrechen des AKP-Regimes mitschuldig. Denn sie schweigt zu den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, den Angriffen auf die Presse- und Meinungsfreiheit und die Zerschlagung der Demokratischen Autonomie in Kurdistan; mehr noch: sie unterstützt durch den EU-Türkei Deal sogar den Krieg in Kurdistan und gegen Menschen auf der Flucht nach Europa, maßregelt Erdoğan-kritische Stimmen, wie den Satiriker Jan Böhmermann, und verfolgt auch selbst kurdische und türkische AktivistInnen.

Bezeichnenderweise wird Mustafa Çelik nicht vorgeworfen, in

Bevölkerung von Nisêbîn seit 13. März im Widerstand

In Nisêbîn (türk.: Nusaybin) in der Provinz Mêrdîn (türk.: Mardin) wurde am 13. März die Ausgangssperre verhängt. Es ist die 8. über Nisêbîn verhängte Ausgangssperre im letzten halben Jahr. Mit Verhängung der Ausgangssperre begann die Militäroperation.

Aber es begann auch der Widerstand. Seit dem sind Gefechte tägliches Geschehen in Nisêbîn. Vor allem in den Stadtteilen Abdulkadirpaşa, Zeynelabidin, Kışla, Fırat, Dicle und Yenişehir konzentriert sich der Widerstand. Nachdem Militär und Sondereinheiten von Jandarma und Polizei herbe Verluste gegen die Zivilen Verteidigungseinheiten YPS und die Zivilen Frauenver-

teidigungseinheiten YPS-JIN einstecken mussten wurde der Gouverneur von Mêrdîn dafür verantwortlich gemacht. Er wurde zwar nicht gleich abgesetzt, jedoch wurden ihm am 9. April wichtige Befugnisse genommen und dem Militär unterstellt. Das war in der Türkei immerhin ein so einschneidendes Ereignis, dass in der Boulevardpresse Stimmen laut wurden, die von einem „Militärputsch“ sprachen. Auch der türkische Staatspräsident schaltete sich ein und gab Anweisung, wie mit dem Widerstand leistenden Nisêbîn zu verfahren sei. So schlug er vor, dass wenn es notwendig sei einfach alles aus der Ferne zu bombardieren und zerstören.

Devlet Bahçeli, Chef der MHP, wollte da nicht zurückstehen und forderte: „Lasst in Nisêbîn keinen Stein auf dem anderen, unterwerft sie alle.“ Das blieb nicht ohne Wirkung. Das türkische Militär hat seine Angriffe forciert. Der Beschuss von Nisêbîn dauert ohne Unterbrechung an. Die Zerstörung ist groß. Viele Gebäude sind aus der Ferne mit Artilleriebeschuss zerstört worden. Die Vertreibung der in der Stadt verbliebenen Bevölkerung wird vorangetrieben.

Doch die Bevölkerung leistet weiter Widerstand. Sie alle kennen Vertreibung und Unterdrückung und wollen nicht noch einmal alles verlassen müssen. Sie bleiben in ihrer Stadt, sie gehen



Vor sieben Jahren begann die sogenannte KCK-Operation – 10.000 Personen wurden verhaftet

Sieben Jahre sind seit Beginn der „KCK-Operation“ genannten Verhaftungswelle gegen oppositionelle Kurden und Kurdinnen vergangen. Die „KCK-Operation“ genannte Verhaftungswelle begann nur einen Tag nachdem die Gemeinschaft der Gesellschaften KCK am 13. April 2009 ihre Waffenruhe bis zum 1. Juli verlängert und in ihrer Deklaration davon gesprochen hatte, dass „zum ersten Mal die Möglichkeit besteht, das Problem in einem Umfeld der Waffenruhe zu lösen“. Den Befehl zur „KCK-Operation“ gab die Staatsanwaltschaft von Diyarbakir am 14. April. In 15 Landkreisen wurde zeitgleich an mehreren Orten Razzien durchgeführt. In einer ersten Welle wurden 51 Menschen verhaftet, am Ende des Monats weitere 225. Im Mai folgten 116 und im Juni noch einmal 73 Menschen, die im Rahmen der KCK-Operation verhaftet wurden. Am 24. Dezember wurden Hatip Dicle, seiner Zeit Co-Vorsitzender vom Demokratischen Gesellschaftskongress und weitere 80 Politiker und Politikerinnen verhaftet, darunter der Vorsitzende des IHD von Amed (Diyarbakir) Muharrem Erbey und der Bürgermeister von Elih (Batman), Necdet Atalay. 24 von ihnen, darunter auch Hatip Dicle wurden verhaftet. Es sollte 5 Jahre dauern, bis sie ihre Freiheit wieder erlangen sollten. Aber ihren Kampf setzten sie auch in den Jahren im Gefängnis unbeirrbar fort.

Die KCK-Operation begann mit der Verhaftung von Politikern und Vertretern von NGO's und ergriff wellenförmig alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen, Frauen, RechtsanwältInnen. Am Ende der Operation in Jahre 2011 waren etwa 10.000 Menschen unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der KCK verhaftet worden. Der Hauptprozess gegen die im Rahmen der „KCK-Operation“ Verhafteten erfolgte in Amed. Jeder Prozesstag dort endete in einer Krise, hatten sich doch die dort angeklagten PolitikerInnen dazu entschlossen, ihre Verteidigung in ihrer Muttersprache – kurdisch – abzugeben. Ihr Beharren auf dem natürlichsten Recht des Menschen – dem Recht in seiner Muttersprache zu sprechen und sich zu verteidigen – führte am Ende zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes, dass die Muttersprache in der Verteidigung zu lies. Nahit Eren, Verteidiger im Hauptverfahren, in dem 191 Menschen, darunter Hatip Dicle angeklagt waren, weist allerdings auch darauf hin, dass dies nicht das einzige Problem war und erklärte, dass allein die Tatsache, dass der Prozess nacheinander vor 3 verschiedenen Gerichten und dementensprechend wechselnden Richtern geführt wurde, ein Skandal war. Nachdem die Gerichte

mit Spezieller Befugnis (ÖYM), Nachfolger der berechtigten DGM, demonstriert wurden, und statt ihrer nun Schwere Strafgerichte ihre Aufgabe übernahmen, wurde das Verfahren zuerst an das 2. später an das 6. Schwere Strafgericht überstellt. Im Rahmen des Verfahrens wurden allein aufgrund der Verteidigung ihrer Mandanten gegen 103 RechtsanwältInnen Strafanträge gestellt. Zwei davon führten zur Ermittlungsverfahren. Die Anklage beruhte „auf Aussagen geheim gehaltener Zeugen, es gab keinerlei konkrete Beweismittel“. Für Nahit Eren hat sich in den seit dem zurück liegenden sieben Jahren im Rechtssystem der Türkei nichts geändert. Er sagt: „Leider ist es immer noch so, dass es Gerichtsverhandlungen gibt, die in gleicher Manier auf geheim gehaltenen Zeugen, Abhören, abstrakten Begriffen aus der politischen Diskussion oder eben solcher Art von Operationen beruhen.“ Das größte Problem der KCK-Operation sieht er darin, dass letztlich jegliches politisches Engagement auf lokaler Ebene kriminalisiert wurde. Erklärend fügt Nahit Eren hinzu: „Wenn Politiker sich (im Lokalen) engagieren wird das kriminalisiert und so dargestellt, als handele es sich dabei um die Aktivität einer illegalen Organisation.“ Und ergänzt: „Die Gerichte, so wie sie aktuell sind, kriminalisieren die Arbeit der BürgermeisterIn.“ (BN, 14.4., ISKU)

Kurdistan gekämpft oder sonst wie Gewalt angewendet zu haben. Auch sein Engagement für die HDP im Wahlkampf 2015 verstößt nicht gegen deutsche Gesetze. Aber er soll eben Mitglied der PKK sein, was der Staatsanwaltschaft reicht, Mustafa Celik (nach § 129b Strafgesetzbuch) als „Terroristen“ anzuklagen.

Ähnlich geht es zehn AktivistInnen der Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa (ATIK). Ihnen wird zur Last gelegt, Mitglieder der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) zu sein. Ihnen werden keine konkreten Handlungen vorgeworfen, bloß Mitgliedschaft in einer Organisation: die TKP/ML soll „terroristisch“ sein, ist in der BRD jedoch nicht einmal verboten!

Immer wieder werden Organisationen und Menschen, die sich mit den Verfolgten solidarisieren, Ziele staatlicher Repression. Im Falle der PKK wird den Betroffenen dann ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz vorgeworfen – quasi, sich nicht an das PKK-Verbot gehalten zu haben.

Zwei Beispiele aus Hannover: das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße (UJZ Korn) wurde Mitte Februar von einem schwer bewaffneten Großaufgebot der Polizei gestürmt und stundenlang durchsucht – bisher ohne Ergebnis. Des Weiteren wurden in den letzten Wochen über ein Dutzend kurdische AktivistInnen von der Polizei vorgeladen. Sowohl bei der Durchsuchung als auch bei den Vorladungen geht es nicht um die Verfolgung konkreter Vergehen, sondern um die Einschüchterung, Verunsicherung und Kriminalisierung der Betroffenen.

Den Prozess gegen Mustafa Celik werden wir kritisch begleiten und den Genossen nicht allein lassen. Wir rufen dazu auf, das gemeinsam mit uns zu tun:

**29.4.2016: Prozessauftakt: 9.15 Uhr, OLG Celle
Kundgebung: 13.00 Uhr, Stechbahn/Celle**

Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
BN BestaNûçe

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Chemiewaffen gegen Şêx Meqsûd

Die von Saudi-Arabien unterstützten Terroristen der sogenannten „Armee des Islams“ (arab. Ceys'ül İslam) erklärten öffentlich, geächtete und verbotene Waffen gegen die kurdischen EinwohnerInnen im Aleppoer Stadtteil Şêx Meqsûd eingesetzt zu haben. In der veröffentlichten Erklärung heißt es offiziell: „Ein Battalions-

kommandeur der Ceys'ül İslam hat in einzelnen Gefechten international geächtete und verbotene Waffen eingesetzt“. Sowohl die YPG (Yekineyên Parastina Gel – Volksverteidigungseinheiten), als auch lokale JournalistInnen, sowie der Kurdische Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurd) bestätigten, dass terroristische Gruppen Giftgas/Chemie-

waffen gegen das von KurdInnen bewohnte Viertel eingesetzt haben.

Das Viertel steht seit Mitte Februar unter dauerhaftem Beschuss durch islamistische Gruppen, dem bislang nach Angaben des Kurdischen Roten Halbmonds mehr als 100 ZivilistInnen zum Opfer fielen.

(ANF, 8.4., ISKU)

→ Bevölkerung von Nisêbîn seit...

nicht weg. Wohin sollten sie auch gehen? Sieht es doch in den Nachbarorten nicht anders aus. In Şirnex (türk.: Şirnex) und Yûksekovâ (türk.: Gever) ist die Situation gleich. Auch dort herrscht Ausgangssperre was Militäroperationen bedeutet seit fast einem Monat. In Silopî wurde sie vor einigen Tagen

erneut verhängt. In Hezex (türk.: İdil) ist sie gerade erst aufgehoben. Die Stadt trägt starke Spuren. Cizir, Sûr, Bağlar, Farqîn sind Synonym der Politik des türkischen Staates, seiner Massaker, seines Willens, das kurdische Volk mit seinem Widerstand auszulöschen. Aber der dauert an. So wie auch der Vernich-

tungskrieg der AKP gegen das kurdische Volk andauert. Wir leben in einer modernen Zeit. Heute sind die Menschen informiert darüber was um sie herum passiert. Ihr Widerstand wird andauern und mit ihrem Widerstand auch der Widerstand von YPS und YPS-JIN.

(ANF, 13.4., ISKU)